

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 14

Artikel: Zwischen Neigung und Pflichterfüllung : Rumänien und die UNO-Sanktionen gegen "Rest-Jugoslawien"
Autor: Pop, Olga
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092751>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rumänien und die UNO-Sanktionen gegen «Rest-Jugoslawien»

Zwischen Neigung und Pflichterfüllung

Die wegen der kriegerischen Auseinandersetzungen in Bosnien-Herzegowina von der UNO verhängten Sanktionen gegen «Rest-Jugoslawien» treffen die Donastaaten Bulgarien und Rumänien (aber auch Ungarn, Kroatien, Slowenien, Österreich und die Slowakei) beinahe ebenso stark wie Serbien und Montenegro; denn der Schiffsverkehr auf der Donau ist dadurch fast zum Erliegen gekommen.

Nach dem Zerfall der Imperien, welche die Donauländer beherrschten — zuerst Österreich, dann die Sowjetunion — sind diese Staaten nun auf sich gestellt und versuchen, einen Weg zu finden, der ihren Sicherheits- und politischen Interessen und Affinitäten gerecht würde. Dass diese Wegfindung durchaus heikel und schwierig ist, zeigt namentlich das Beispiel Rumäniens, das sich schwer tut einerseits mit dem Bestreben, die UNO-Sanktionen zu befolgen und zu unter-

stützen, und andererseits dem Meistern der dadurch zusätzlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und den historischen Sympathien zu Serbien.

Beide Seiten kommen zu Wort

Die Presse berichtet dabei grundsätzlich objektiv und neutral über die Beratungen im UNO-Sicherheitsrat, die Bemühungen der UNO- und EG-Vermittler Vance (beziehungsweise heute Stoltenberg) und Owen um einen Frieden, über die verhängten Sanktionen sowie über die Haltung Russlands und Amerikas. Selten und nur sehr kurz werden die im Westen «ethnische Säuberungen» genannten Völkermordverbrechen erwähnt, während man sich mit der Frage der wirtschaftlichen Einbussen für Rumänien und den Chancen sowie dem «Sinn oder Unsinn» einer militärischen Intervention intensiver beschäftigt. Die



«Nach Ihnen» ...
«Nein, bitte nach Ihnen»
(aus Adevarul, Bukarest).

nicht ganz klare Haltung Rumäniens spiegelt die Presse in ihren Analysen, Interviews und Abdrucken von Äusserungen bestimmter Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft wider.

Da betont einerseits der jugoslawische Botschafter in Bukarest die traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rumänien und Jugoslawien, lobt die Objektivität der rumänischen Massenmedien (im Gegensatz zu jenen des Westens), berichtet glücklich über Wohltätigkeitsveranstaltungen in Bukarest zugunsten serbischer Kinder und zeigt wohlwollendes Verständnis für die rumänische Unterstützung bei der Durchführung des Embargos.

Die UNO-Sanktionen gegen «Rest-Jugoslawien» treffen die Donastaaten fast ebenso wie Serbien und Montenegro.

Andererseits wird aber auch der jugoslawische Transportminister zitiert, der sein Befremden darüber äussert, dass Rumänien die verschärften Sanktionen der UNO ebenfalls zu unterstützen gedenke: Die «jahrhundertealten, guten nachbarstaatlichen Beziehungen» könnten dadurch gefährdet werden. Im gleichen Artikel kommt jedoch der rumänische Aussenminister zu Wort, der sehr prompt und deutlich auf die Verpflichtung Rumäniens als Mitglied der UNO verweist. Es gehe dabei nur um die Transporte mit militärischer Fracht, unterstreicht der Minister und unterlässt es dabei nicht zu sagen, die rumänische Wirtschaft habe massive Einbussen durch das Embargo zu verzeichnen. Im übrigen sei eine möglichst baldige Unterzeichnung des Vance-Owen-Plans die einzige und beste Lösung zur Befriedung der Region. Das war allerdings



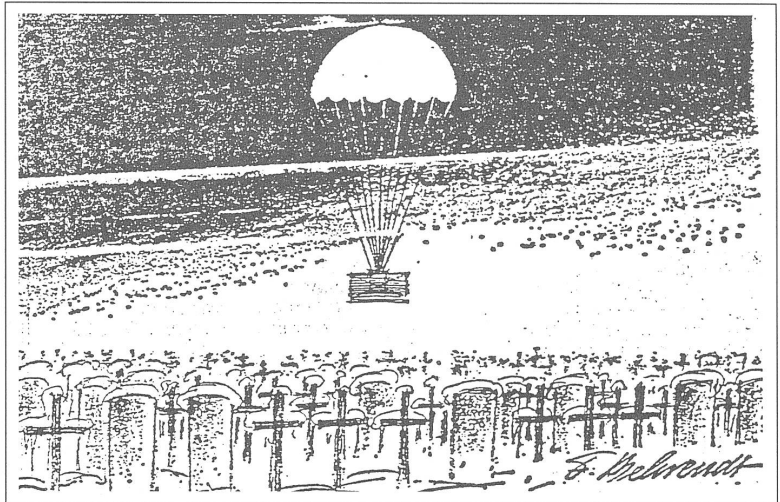
noch vor dem Eingeständnis des EG-Vermittlers, wonach der Plan gescheitert sei.

Furcht vor Eskalation

Offiziell wurde zwar der Friedensplan unterstützt, doch war in Kommentaren mehr oder weniger deutlich von territorialen und politischen Nachteilen die Rede, welche den Serben aus diesem Plan erwachsen wären. Offen oder zwischen den Zeilen wurde und wird den Serben eine gewisse Sympathie entgegengebracht; man erinnert sich beispielsweise an die Rolle der Serben im Zweiten Weltkrieg, als es galt, Hitlers Wehrmacht entgegenzutreten.

In bezug auf einen eventuellen militärischen Einsatz ist Rumäniens Position sehr klar: Die Rumänen würden sich in

«Humanitäre Hilfe, die zu spät kommen könnte» (aus Adevarul, Bukarest).



SOI-Bilanz-Spezial

Die SOI-Bilanz gibt regelmässige Spezialberichte heraus, die bei uns bestellt werden können. Bisherige Themen waren u. a. Mafia in Russland, Panslawismus, Mazedonien oder Fundamentalismus.

jedem Falle aus einem militärischen Konflikt heraushalten. Verschiedene Gründe sprechen für eine solche Einstellung: Die Verschärfung der Situation durch militärische Operationen könnte den Konflikt nur noch erweitern und würde zudem die Zivilbevölkerung zusätzlich gefährden. Man will ausserdem nicht wieder «die heissen Kastanien für andere aus dem Feuer holen». Schliesslich gilt auch die Haltung Russlands, das militärische Interventionen ablehnt, als Alibi und Bestätigung der eigenen Politik.

«Pragmatische» Durchsetzung der Sanktionen

Zwar erklärt sich Rumänien bereit, die verschärften UNO-Sanktionen zu unterstützen, sieht sich jedoch ausserstande, diese Forderungen auch umzusetzen. Einerseits fehlen die gesetzlichen Mittel, Gewalt wird andererseits ausgeschlossen, also bleibt nur die blosser Lokalisierung der Schiffe und der Versuch, diese an der Weiterfahrt zu hindern. Die Erfahrung jedoch zeigt, dass sich die Serben durch Verbote nicht aufhalten lassen, dass es zudem eine ganze Reihe von bekannten Methoden gibt, mit welchen die

Embargobestimmungen umgangen werden können, was auch fortwährend praktiziert wird. Den rumänischen Behörden bleibt dabei nur das Gefühl der Hilflosigkeit und eine vage Hoffnung, dass die aus dem Embargo entstandenen wirtschaftlichen Verluste durch die UNO und EG ersetzt werden.

In einem ausführlichen Artikel («Romanul» vom 17. Mai 1993) gibt ein Journalist interessante Gründe für den in Bosnien entstandenen Konflikt an: Wieder sei, wie schon im 17. Jahrhundert, als der Islam sich vor den Toren Wiens befand, in Europa die Gefahr des Fundamentalismus zu bannen. Izetbegovićs Reisen in die islamischen Staaten und die dort versprochene und erhaltene Hilfe und Unterstützung vor allem seitens der Türkei stiessen bei den westlichen Regierungen nur deshalb auf schweigende Unterstützung, weil man glaubte, durch die gemässigte türkisch-bosnische Haltung dem Fundamentalismus, beispielsweise aus dem Iran, entgegenzutreten zu kön-

nen. Dabei hat sich Europa offensichtlich in der Reaktion der Serben gründlich verkalkuliert und befindet sich jetzt in der hoffnungslosen Lage, weder aus moralischen noch aus militärischen Gründen eingreifen zu können.

Alles in allem ist die Haltung Rumäniens nicht eindeutig, und man versucht, keine der Konfliktparteien und die dahinterstehenden Institutionen zu verärgern. Die innenpolitische und wirtschaftliche Lage Rumäniens ist derart schwierig und instabil, dass man es sich einfach nicht erlauben kann, extreme und dadurch gefährliche Positionen einzunehmen.

Olga Pop

Die Rumänen würden sich in jedem Falle aus einem militärischen Konflikt heraushalten.

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's